

II. 14704 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode



BUNDESMINISTERIN

für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz
DR. CHRISTA KRAMMER

A-1031 Wien, Radetzkystraße 2
Telefon: 0222/711 72
Teletex: 322 15 64 BMGSK
DVR: 0649856

o GZ 114.140/87-I/D/14/94

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER
Parlament
1017 Wien

24. AUG. 1994

6772 IAB

1994-08-25

zu 6858 J

Die Abgeordneten zum Nationalrat Anschöber, Freundinnen und Freunde haben am 29. Juni 1994 unter der Nr. 6858/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Korruption im Spital gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Wurde anschließend an die Millionengeldflüsse rund um Herzklappen in deutschen Kliniken in Österreich eine Erhebung über ähnliche Verdachtsmomente durchgeführt? Wenn ja, wann, von wem und mit welchem konkreten Endergebnis?
2. Herzklappenfirmen kaufen die medizinischen Geräten in den USA um rund öS 12.000,-- ein. An deutschen Spitälern werden sie um rund öS 44.000,-- weiterverkauft - in Österreich kosten gleiche Geräte sogar öS 46.000,--. Wie erklärt sich die Gesundheitsministerin diesen Kostensprung?
3. In Deutschland wurden im Umfeld zu diesen Vorkommnissen berichtet, daß jährlich ein Gesamtbetrag von über 10 Milliarden Schilling an Rabatten verloren gehen, die die Pharmafirmen in Form von finanziellen Zuwendungen und Luxusreisen an die Mediziner refundieren. Liegen über ähnliche Vorkommnisse in Österreich Informationen vor? Gab es entsprechende Untersuchungen? Wenn ja, von wem, zu welchem Zeitpunkt und mit welchem konkreten Ergebnis?
4. Wie beurteilt die Gesundheitsministerin die Vorkommnisse rund um den Linzer AKH-Skandal? Welche Konsequenzen werden daraus gezogen? Seit wann liegt der Gesundheitsministerin der Linzer Kontrollbericht in dieser Sache vor?
5. Welche Systemkorrekturen will die Gesundheitsministerin realisieren, um etwa die Geldrückflüsse an private Vereine - wie in Linz geschehen - zu unterbinden?

- 2 -

6. Der Primar Prof. Peter Brücke stellte kürzlich fest: "Es gibt schon Pharmafirmen, die manchmal einen Bestechungsversuch machen. So bekam ich vor einiger Zeit einen Brief einer Wiener Firma. Sie hat mir folgendes angeboten: wenn ich mehr als 1000 ihrer Gerätebestandteile bestelle, könnte 1 Million Schilling für Kongreßreisen, Weiterbildung und ähnliche Zwecke bereitgestellt werden." Wie beurteilt die Gesundheitsministerin diese Aussage? Ist die Gesundheitsministerin über diese Aussage informiert? Seit wann? Welche Konsequenzen wurden daraus gezogen? Welche Schritte werden gegen die betroffene Firma eingeleitet?
7. Welche Informationen liegen der Gesundheitsministerin über von Pharmafirmen mitfinanzierte Dienstreisen von Ärzten und Beamten vor? Welche Schritte wird die Gesundheitsministerin in Hinkunft unternehmen, um diese Problematik zu unterbinden?
8. Welche Dienstreisen ins Ausland wurden von den Beamten des Ministeriums in den Jahren 1990 bis 1994 jeweils unter finanzieller Unterstützung von Pharmafirmen bzw. diversen Vereinen durchgeführt? Welche Beamten nahmen daran teil? Was war das Reiseziel? Was war Zweck der Veranstaltung und von welchen Firmen wurde welcher Zuschuß in welcher Höhe gewährt?
9. Wie beurteilt die Ministerin die Praxis, daß unzählige Kongreßreisen von Ärzten massiv von Pharmafirmen unterstützt werden? Welche Informationen liegen dazu vor? Welche Maßnahmen und welche Konsequenzen werden daraus gezogen?
10. Die Firma "ASTRA" führte für über 100 Mediziner ein Symposium in Jordanien durch. Zu welchem konkreten Zeitpunkt erfolgte dieses Symposium? Was war der konkrete Ablauf dieses Symposiums? Welche Beamte des Ministeriums nahmen daran teil? Wieviele Mediziner nahmen daran teil? Welcher Gesamtzuschuß wurde dazu jeweils von der Firma geleistet?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Mein Ressort hat am 31.5.1994 bei allen Trägern von Krankenanstalten mit herzchirurgischen Abteilungen eine Erhebung über derartige Vorkommnisse und über das Preisniveau bei sensiblen herzchirurgischen Implantaten durchführen lassen. Darüber hinaus wurde das Bundesministerium für Justiz eingebunden, um in dieser Angelegenheit die rechtlichen Möglichkeiten bei fehlendem konkreten Tatverdacht zu klären. Da noch nicht alle Stellungnahmen eingelangt sind, liegen Ergebnisse derzeit noch nicht vor.

- 3 -

Zu Frage 2:

In der vorhin angeführten Erhebung wurden auch die Einstandspreise der letzten Jahre für Herzklappen und andere sensible herzchirurgische Implantate erhoben. Nach Vorliegen der Ergebnisse können exakte Preisvergleiche für konkrete Modelle sowohl innerösterreichisch als auch im Vergleich mit den Einstandspreisen amerikanischer Spitäler angestellt werden.

Zu Frage 3:

In der von meinem Ressort veranlaßten Erhebung wurden die Krankenanstalten gezielt um Auskünfte über ähnliche Vorkommnisse in ihrem Bereich ersucht. Über konkrete Ergebnisse kann erst nach Vorliegen der Rückmeldungen berichtet werden. In einem Fall erfolgte bereits eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft.

Zu Frage 4:

Der Kontrollamtsbericht über die Prüfung des A.Ö. KH der Stadt Linz wurde beim Bürgermeister der Stadt Linz angefordert, ist aber bis dato noch nicht eingelangt.

Zu Frage 5:

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den neuen § 55 des Arzneimittelgesetzes in der Fassung der Novelle BGBl. Nr. 107/1994, der u.a. das Gewähren, Anbieten oder Versprechen bzw. das Fordern, sich Versprechen lassen oder Annehmen von Prämien oder finanziellen oder materiellen Vorteilen im Rahmen der Verkaufsförderung für Arzneimittel untersagt. Eine analoge Bestimmung wird in der nächsten Legislaturperiode auch für andere Produkte, die in der Medizin Verwendung finden, vorgeschlagen werden.

- 4 -

Auf Grund der Kompetenzlage sind im übrigen Probleme im Beschaffungswesen von Krankenanstalten im Zuständigkeitsbereich der Länder zu lösen.

Zu Frage 6:

Wie zu Frage 3 ausgeführt, erfolgte in diesem Fall im Zuge der von meinem Ressort am 31.5.1994 initiierten Erhebung gegen die betroffene Firma eine Darstellung an die Staatsanwaltschaft. Über die konkrete Aussage war ich durch den einen Zeitschriftenartikel informiert. Der Anzeige lagen Beweisstücke zugrunde, die im Rahmen der von mir initiierten Erhebung verfügbar wurden.

Zu den Fragen 7 bis 9:

Bei Durchsicht der Dienstreiseunterlagen der letzten Jahre wurde kein Fall entdeckt, in dem ein Beamter meines Ressorts eine Dienstreise absolviert hätte, die von einer Pharmafirma bezahlt oder finanziell unterstützt worden wäre. Im Hinblick auf Beamte anderer Behörden oder Gebietskörperschaften bzw. auf Ärzte im allgemeinen liegen mir keine Informationen vor. Im übrigen verweise ich auf meine Antwort zu Frage 5.

Zu Frage 10:

Mir liegen keine Informationen über ein Symposium in Jordanien vor. Im übrigen verweise ich auf meine Beantwortung der Fragen 7 bis 9.

